PERMANENT PEOPLES TRIBUNAL

45th Session on Human Rights of Migrant and Refugee Peoples

Berlin Hearing | 23-25 Oct 2020

Vom 23.-25. Oktober 2020 findet in Berlin ein Menschenrechtstribunal mit dem Fokus Gesundheit statt.

Wir klagen Menschenrechtsverletzungen gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen in folgenden Bereichen an:

1. Zugang zur Gesundheitsversorgung
2. Auswirkungen der Lebensverhältnisse in Massenunterkünften auf die psychische und physische Gesundheit
3. Aufenthaltsstatus, Abschiebung und Gesundheit
4. Kriminalisierung von Solidarität
5. Deutschlands Verantwortung in der EU-Abschottungspolitik

Rassismus sowie gender- und altersspezifische Aspekte ziehen sich als Querschnittsthemen durch die Anklage.

Das Klima gegenüber Geflüchteten verschlechtert sich zunehmend: Die Verschärfungen der Asylgesetzgebung und die Abschottung Europas setzen sich fort. Während sich die Friedensnobelpreisträgerin EU mit Standards wie der Einhaltung von Menschenrechten rühmt, sterben regelmäßig Tausende von Menschen an ihren Grenzen. Kranke, traumatisierte und schwangere Personen werden immer rigoroser abgeschoben. Viele Schutzsuchende erfahren wegen strenger Asylgesetze oder auch durch rassistisches Verhalten unter anderem von Gesundheitspersonal nicht die Behandlung, die ihnen zusteht. Diese mit dem Menschenrecht auf Gesundheit unvereinbare Praxis setzt geflohene Menschen unzumutbaren Gefahren aus.

Die Veranstaltung ist Teil der 45. Sitzung des Permanent People's Tribunal. In diesem Rahmen haben bereits Tribunale in Palermo, Paris, Barcelona, London und Brüssel zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen stattgefunden.

Wie kann man uns unterstützen?

- Unseren Aufruf mitzeichnen und somit mittragen
- Sich als Zeug*in zu den Anklagepunkten melden
- Sammeln von Zeug*innenaussagen im Rahmen der Anklageschrift
- Mitarbeit im Bündnis
- Werbung für Veranstaltungen des Bündnisses und für das Tribunal im eigenen Netzwerk

Spenden: IPPNW e.V., Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE 39 1002 0500 0002 2222 10 BIC: BFSW DE33BER
Zweck: Human Rights Tribunal